



LANDKREIS LÜNEBURG  
DER LANDRAT

## Informationsblatt

zur Erhebung von personenbezogenen Daten  
Art. 12, 13 & 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

**Verfahren: Datenverarbeitung im Gesundheitsamt (verschiedene Verfahren)**

**Verarbeitungstätigkeit: Erfassen, Bearbeiten, Speichern und Übermitteln von Personendaten**

### 1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Lüneburg  
Der Landrat  
Fachdienst Gesundheit  
Am Graalwall 4  
21335 Lüneburg  
Telefon: +49 4131 26 1500  
Fax: +49 4131 26 2500  
E-Mail: marion.wunderlich@landkreis-lueneburg.de

### 2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte des Landkreises Lüneburg  
Auf dem Michaeliskloster 4  
21335 Lüneburg  
Telefon: +49 4131 26 1756  
Fax: +49 4131 26 2756  
E-Mail: datenschutz@landkreis-lueneburg.de

### 3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden zu folgenden Zwecken erhoben:

Erstellen einer amts-/ärztlichen Stellungnahme, Erstellen einer sozialpädagogischen Stellungnahme, Beratung von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen, Erstellen einer Stellungnahme zum Pflegebedarf, Schuleingangsuntersuchungen, Beratungen nach Prostituiertenschutzgesetz, Aufgaben nach dem NBestattG, Erteilen und Entzug von Heilpraktikererlaubnissen, Aufsichtspflicht über Hebammen und Heilpraktiker, Erteilen von Befähigungsscheinen (Gefahrgut) und Prüfung von Anzeigen von Begasungen, Aufsicht nach NiSG und UV-Schutzverordnung, Bescheinigungen nach Schengener Abkommen für die Mitnahme von Medikamenten ins Ausland, Abrechnungen aus Honorarverträgen, Zahnprophylaxe

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

Art. 6 Abs. 1 DSGVO, Art. 13 DSGVO, §§ 9, 43, 44, 45 NBeamtG, § 39 BeamtVersG, § 59 SGB XII, §§ 67a – 78 SGB X in Verbindung mit § 35 SGB I, § 2 Abs. 2 Ziffer 3 BKKG, § 7 AsylG, § 7a NGöGD, § 8 Abs. 1 NGöGD, § 31 NSchulG, § 10 ProstSchG, § 2 HPG, §§ 6, 7, 15 BestattG, §§ 7 und 8 NHebG, Art. 75 des Schengener Abkommens, §§ 8 und 11 Gefahrgutverordnung i. V. m. Anhang III Nr. 4, NiSG und UV-Schutzverordnung, § 5 Abs. 3 NGöGD i. V. m. § 21 Abs. 5 SGB V

### 4. Empfänger/Quellen oder Kategorien von Empfängern/Quellen der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben:

Meldebehörden, Landesamt für Statistik, Aufsichtsbehörden, Auftraggeber, Niedersächsisches Landesgesundheitsamt

## **5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland**

Es findet keine Übermittlung an Drittländer statt.

## **6. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien:**

Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:

Ärztliche und sozialpädagogische Daten, die im Rahmen des SGB XII und SGB IX erhoben wurden, werden nach 20 Jahren gelöscht, bei Tod 10 Jahre nach Ende der letzten Maßnahme.

Todesbescheinigungen werden nach 20 Jahren vernichtet. Die übrigen Daten werden nach 10 Jahren gelöscht, es sei denn, sie werden weiterhin zur Aufgabenerfüllung benötigt. Alle Daten werden längstens 30 Jahre nach dem Tod der Person gelöscht.

Innerhalb der vorstehend genannten Frist besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO

## **7. Betroffenenrechte**

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Art. 16 & 17 DSGVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Beschwerde bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen (Art. 77 DSGVO)

## **8. Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

## **9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten**

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht bereitstellen, hat dies möglicherweise folgende Konsequenzen:

- Beantragte Leistungen können nicht gewährt werden
- Beantragte Erlaubnisse, Ausweispapiere und Bescheinigungen können nicht ausgestellt werden
- Erforderliche Stellungnahmen können von hier nicht abgegeben werden
- Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren werden eingeleitet